

# Berlin

Stimmen aus der Türkei



## TUSIAD

TS-BER/2014/27

IN DIESER AUSGABE:

**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN  
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN  
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI  
ARTIKEL DES MONATS  
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

**MITGLIED VON BUSINESSEUROPE**

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13  
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76  
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93  
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399  
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46  
U S A : 1250, 24<sup>th</sup> Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771  
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206  
[berlinoffice@tusiad.org](mailto:berlinoffice@tusiad.org) [www.tusiad.org](http://www.tusiad.org)

## MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

### **Nato sichert Türkei militärischen Beistand zu**

Die Nato werde die Türkei verteidigen, wenn sie bedroht sein sollte, verspricht der neue Generalsekretär Jens Stoltenberg in Warschau. Auch für Afghanistan hat er ein konkretes Versprechen.

Der neue Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Warschau als das Ziel seiner ersten offiziellen Reise nach Amtsantritt gewählt – die zweite Reise wird in die Türkei gehen, was viel über die heutige Schwerpunktsetzung des Bündnisses sagt: Die zwei wichtigsten Bedrohungen für die Sicherheit der Verbündeten sind die Krise in der Ukraine und der aufwachsende Islamische Staat (IS). Die zwei am meisten betroffenen Staaten: Polen und die Türkei.

Neben Deklarationen, dass die Beschlüsse vom Nato-Gipfel in Newport, der im September stattfand, in Osteuropa erfüllt werden, kündigte Stoltenberg in Warschau auch an, die Nato werde "die Türkei verteidigen, wenn ihre Sicherheit bedroht sein sollte". Außerdem werde das Bündnis eine neue Trainingsmission für afghanische Sicherheitskräfte ins Leben rufen. Einen Bodentruppeneinsatz in Syrien unter der Schirmherrschaft der Nato schloss der Nato-Chef jedoch aus.

Der ehemalige norwegische Premier Jens Stoltenberg hat das Amt des Nato-Generalsekretärs nach dem Dänen Anders Fogh Rasmussen übernommen. Schon während seiner Amtsantrittsrede, aber auch während der Pressekonferenz danach machte er klar, er würde eine Versöhnung mit Russland anstreben. Die Allianz strebe eine "konstruktive Beziehung zu Russland" an, hieß es vom neuen Generalsekretär. Wladimir Putin nannte ihn in einem Interview eine "seriöse" und "verantwortungsvolle Person".

Obwohl der Ton seiner Ansprachen bereits anders ist als bei seinem Amtsvorgänger, wird Stoltenberg die Politik der Nato gegenüber Russland womöglich erst einmal nicht neu definieren. Denn seine erste Aufgabe im Amt ist die Erfüllung der Beschlüsse aus Newport, die unter anderem eine rotierende Präsenz von Nato-Soldaten in Osteuropa, die Bildung von Kräften zur sofortigen Reaktion und eine Stärkung des multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin vorsehen. [Internet-Link](#)

### **Türkei lässt Panzer an der syrischen Grenze auffahren**

Die Türkei treibt ihre Strategie voran, im syrischen Grenzgebiet eine Pufferzone zu errichten. Erstmals sind am Montag türkische Panzer an der Grenze zu Syrien aufgefahren. Die Türkei will die Errichtung eines Kurden-Staats an ihrer Grenze verhindern und unterstützt offenbar die IS. Die Amerikaner konzentrieren sich auf die Erdöl-Felder, um ihren Einfluss dort langfristig zu sichern.

Die Grenzstadt Kobani im syrischen Kurdengebiet war weiter umkämpft. Der IS versucht seit Tagen, die strategisch wichtige Stadt einzunehmen. Auf der türkischen Seite der Grenze waren Feuerwechsel und Granateneinschläge in der Stadt zu hören. Über Kobani stand eine schwarze Rauchsäule. Auch in der Türkei schlugen nach Angaben des Generalstabs zwei aus Syrien abgefeuerte Mörsergranaten ein. Das türkische Militär habe zurückgeschossen. Am Montagmittag bezogen mindestens 15 Panzer Stellung auf einer Anhöhe, von der aus Kobani zu sehen ist. Sie richteten ihre Rohre nach Syrien aus. Zudem wurden weitere Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in das Grenzgebiet gebracht, um dieses zu sichern. Am Grenzübergang Mursitpınar kehrten viele junge Syrer wieder in ihre Heimat zurück. Viele von ihnen gaben an, in den Kampf gegen den IS zu ziehen. Die Türkei gestattet syrischen Kurden die Rückkehr, verbietet aber türkischen Kurden, sich den Kämpfern anzuschließen.

Die Türkei kooperiert ganz offensichtlich mit dem Islamischen Staat, um die PKK zu zerreiben.

Bei Luftangriffen der US-arabischen Allianz gegen die radikale Miliz Islamischer Staat (IS) in Syrien sind nach Oppositionsangaben mehrere Zivilisten getötet worden. Kämpfer seien nicht umgekommen, als in der Nacht zum Montag im Norden Syriens Getreidespeicher bombardiert wurden, teilte die Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien mit. Ein US-Militärsprecher erklärte in Washington, man kenne die Medienberichte, doch gebe es keinen Beweis für diese Darstellung. Dennoch nehme man die Berichte ernst und gehe ihnen nach.

Zudem wurde nach Angaben der Beobachtergruppe eine vom IS kontrollierte Erdgasanlage bombardiert, die ein Kraftwerk beliefert. Nahe der Grenzstadt Kobani hielten die Gefechte zwischen IS- und Kurdenmilizen an. Nachdem zwei Granaten auf türkischem Gebiet einschlugen, wurden

türkische Panzer dort in Stellung gebracht. US-Präsident Barack Obama räumte ein, dass die USA den IS unterschätzt haben.

Seit vergangener Woche haben die USA ihre Luftangriffe gegen den IS auch auf Syrien ausgeweitet. Der in der Nacht angegriffene Agrarkomplex sei möglicherweise für einen IS-Stützpunkt gehalten worden, sagte der Chef der Beobachtergruppe. Bei den Toten handele es sich um Mitarbeiter der Anlage, die Lebensmittel für die Bevölkerung hergestellt hätten. Der US-Sprecher hingegen erklärte, Ziel des Luftangriffs sei ein neben dem Getreidespeicher liegendes Gelände gewesen, das der IS als Umschlagplatz und Sammelstelle für Fahrzeuge genutzt habe.

Bei einem weiteren Luftangriff wurde eine Gasanlage nahe der Stadt Deir al-Sor im Osten Syriens getroffen. Dabei wurden nach Angaben der Beobachtergruppe mehrere IS-Kämpfer getötet. Die Gasanlage beliefert ein Kraftwerk in Homs, das mehrere Provinzen und Öl-Förderanlagen mit Strom versorgt. Die USA haben angekündigt, verstärkt Öl- und Gasanlagen anzugreifen, die von dem IS kontrolliert werden. Damit soll eine Finanzquelle der Extremistenorganisation ausgetrocknet werden.

US-Präsident Obama räumte Fehleinschätzungen der US-Geheimdienste zu Syrien und Irak ein. Den IS in Syrien hätten die USA unterschätzt, die Schlagkraft der irakischen Armee im Kampf gegen die vorrückenden Dschihadisten hingegen überschätzt, sagte Obama in einem CBS-Interview. Die Extremisten hätten sich das Chaos im syrischen Bürgerkrieg stärker zu Nutzen gemacht als erwartet. Der IS kontrolliert inzwischen weite Teile des Irak und Syriens und hat dort ein Kalifat ausgerufen.

[Internet-Link](#)

### **Erdogans Entscheidung**

Die Türkei scheut sich, Teil der Allianz zu werden, die den Terror des Islamischen Staates bekämpft. Das könnte sich rächen. Denn die Extremisten werden nicht an der Grenze haltmachen – zumindest nicht ideologisch.

Der türkische Staatspräsident pflegt gern das deutliche Wort, auch und gerade auf der großen Bühne. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York ist so eine Bühne nach dem Geschmack von Recep Tayyip Erdogan. Es ist legitim, an diesem Ort den UN und ihren Mitgliedern Versagen vorzuwerfen in der Bekämpfung des Terrors fanatisierter Islamisten und dem damit verbundenen Flüchtlingsproblem, dessen Hauptleidtragender der türkische Staat ist. Aber zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass es Erdogan war, der die Weltgemeinschaft nicht im Land haben wollte und glaubte, die Sache allein regeln zu können.

Es ist auch legitim, der Staatengemeinschaft vorzuwerfen, weder eine Lösung für das zerfallende, kriegsgebeutelte Syrien noch für den machtpolitisch implodierenden Irak gefunden zu haben. Der modernen Welt allerdings Doppelmoral zur Last zu legen, kann Erdogan sich eigentlich nicht leisten. Denn er selbst hat mehrfach Doppelmoral an den Tag gelegt, hat in seinem Lavieren gegenüber der Terrormiliz IS dazu beigetragen, dass die selbst ernannten Gotteskrieger mit ihrer archaisch-grotesken Weltanschauung so stark werden konnten. Seit seiner beleidigten Abkehr von Europa pflegt Erdogan antiwestliche Polemik und redet einem neuen islamischen Weltreich – möglichst unter seiner Führung – das Wort. Der einstige Hoffnungsträger eines gemäßigt-islamischen und demokratisch verfassten Staates ist selbst zum Re-Islamisierer, in gewisser Weise zum Rückentwickler geworden.

Selbst jetzt, da die 49 türkischen Konsulatsmitarbeiter aus den Fängen der Islamisten befreit sind und Ankara keinen Vorwand mehr hat, nicht entschieden gegen den IS vorzugehen, hält sich Erdogans Engagement in sehr engen Grenzen. Seine Armee, die stärkste und schlagkräftigste in der ganzen Region, ist noch immer nicht Teil der US-geführten Allianz gegen den IS, in der fünf Golfstaaten aktiv mitwirken, sogar Katar und Saudi-Arabien.

Das ist kurzsichtig und unklug. Erdogan kann kein Interesse an einem anachronistischen "Kalifat" mittelalterlichen Zuschnitts in seiner Nachbarschaft haben. Es ist riskant, sich nicht eindeutig zu positionieren, denn das islamistische Monster greift auch über die Grenze hinweg nach türkischen Sympathisanten. Erdogan importiert den Terror, wenn er ihn nicht rigoros bekämpft. Das geschieht klandestin, der IS führt gegen die Türkei, deren Armee er fürchten muss, eher einen ideologischen Feldzug. Längst gibt es Demonstrationen von IS-Anhängern auf Istanbul's geschichtsträchtigem Taksim-Platz. Längst gibt es IS-Devotionalien in türkischen Geschäften zu kaufen.

Ein Drittel der Türken, so legt eine repräsentative Umfrage nahe, sympathisiert mit den Ideen des Islamischen Staates, nicht wenige davon gehören zur treuen Wählerschaft seiner islamisch-konservativen AK-Partei. Erdogan, der eigentlich den Kalifen und Führer der islamischen Welt der Moderne geben wollte und schon nahe dran war, es zu sein, verliert die ihm zugedachte Rolle an den Massenmörder Abu Bakr al-Bagdadi. Er sollte aber auch zur Kenntnis nehmen, dass mehr als die Hälfte seiner Landsleute es begrüßen würde, wenn die Türkei Teil der Anti-IS-Allianz wäre.

Ohne eine tragende Rolle der Türkei wird das Gespenst des IS nicht zu besiegen sein. Erdogan hätte die große Bühne in New York statt für Anschuldigungen für ein klares Bekenntnis nutzen sollen. Es spricht Bände, dass er es nicht getan hat. Er scheut die Konfrontation mit dem IS, weil er – erstens – dessen Vergeltungsschläge in seinen Großstädten fürchtet. Und weil er – zweitens – nicht als Washingtons "Pudel" gelten und in der Arena herumgeführt werden will. Die US-arabische Allianz gegen den IS ist nun einmal eine kluge und diplomatisch hervorragend vorbereitete Initiative des US-Präsidenten Barack Obama, nicht die Erdogans, der die zweite Reihe nicht besonders schätzt. Drittens: Die türkische Armee befände sich plötzlich in der politisch unbequemen Situation, an der Seite von kurdischen, mit der verhassten PKK verbandelten Milizen gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen zu müssen. Da fiel die spätere ideologische Entflechtung mit den kurdischen Waffenbrüdern nicht ganz leicht. Überhaupt die Kurden: Nichts liegt Erdogan ferner als der Gedanke, quasi Geburtshelfer einer wie auch immer gearteten kurdischen Autonomie, vielleicht sogar eines eigenen Staates im Dreiländereck Türkei/Syrien/Irak zu sein. Eine solche Entwicklung würde die Türkei in ihren staatlichen Grundfesten erschüttern.

Doch langsam aber sicher, so befindet der türkisch-amerikanische Politologe Kemal Kirisci, "ändert der türkische Supertanker seinen Kurs". Es wird auch Zeit: Die ersten IS-Granaten sind bereits über die 900 Kilometer lange syrisch-türkische Grenze geflogen und auf türkischem Hoheitsgebiet eingeschlagen. Wie lange will sich Ankara das noch ansehen? Wie lange noch will es sich den Vorwurf gefallen lassen, Haupttransitland für ausländische IS-Kämpfer zu sein, die über die löchrige Grenze in den Nordirak oder in den Norden Syriens einsickern? Der IS und die türkische Apathie werden zu einem ernsthaften Imageproblem für Ankara. Eine gutwillige Geste, die nicht viel kostet, könnte schon sein, die türkische Luftwaffenbasis Incirlik für die Luftsätze der Allianz zur Verfügung zu stellen. Aber nicht einmal dazu konnte sich das Nato-Mitglied bisher durchringen.

Während die USA und ihre Verbündeten den Islamischen Staat als Geißel betrachten und vernichten wollen, weil ein Dialog, ein Kompromiss mit diesen menschenverachtenden Fundamentalideologen nicht möglich ist, begreift die Türkei diese Ausgeburt der Hölle als Resultat von Regierungsversagen in Bagdad und Damaskus und fordert einen ganzheitlichen Lösungsansatz, der die Türkei als Regionalmacht etabliert und stärkt. Und bitte: Die Kurdenproblematik möge doch gleich mit gelöst werden und zwar so, dass Ankara gesichtswahrend aus der Gemengelage hervorgeht. Dies alles zu bekommen und nichts zu riskieren – das ist auf keinem geopolitischen Spielfeld möglich. Erdogan muss sich entscheiden, auf welcher Seite der Geschichte er stehen will. [Internet-Link](#)

### **Türkei gelingt erfolgreiche Befreiung von 48 Geiseln aus der Gewalt der IS**

Die Türkei hat ihre 48 Landsleute erfolgreich aus der Gewalt der IS-Terroristen im Irak befreit. Es ist anzunehmen, dass Lösegeld gezahlt wurde. Die Amerikaner hatten die Türkei zuletzt kritisiert, weil sie das Wohl der eigenen Bürger über die geopolitischen Interessen der US-Regierung gestellt hatte.

Nach mehr als drei Monaten in der Gewalt der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sind 49 türkische Geiseln wieder frei. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan teilte mit, der Geheimdienst MIT habe die Geiseln während einer nächtlichen «Rettungsoperation» befreit.

Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte am Samstag während einer Reise in Aserbaidschan nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu, die Geiseln seien am Samstagmorgen in die Türkei gebracht worden.

Nähere Angaben zu den Umständen der Befreiung machten weder Erdogan noch Davutoglu. Die Zeitung «Hürriyet Daily News» zitierte am Samstag in ihrer online-Ausgabe eine ungenannte Geheimdienstquelle, wonach die Terrormiliz die Geiseln an die syrisch-türkische Grenze gebracht habe. Lösegeld sei nicht gezahlt worden, es seien auch keine Gefangenen ausgetauscht worden.

Unklar blieb damit, wie die türkische Regierung die Freilassung der Geiseln erwirkte und ob sie den sunnitischen Extremisten andere Gegenleistungen zusagte. In der Regeln ist es Teil des Geschäftsmodells der IS, Gefangene gegen Lösegeld freizugeben. Die Amerikaner hatten im Fall der gefangenen Journalisten offenbar eine unklare Verhandlungstaktik gefahren. Schließlich veröffentlichten die Terroristen Videos von der Enthauptung der beiden.

Die Terrormiliz hatte die Türken in ihre Gewalt gebracht, als sie am 11. Juni das Konsulat im nordirakischen Mossul stürmte. Unter den Gefangenen waren der Generalkonsul und seine Familie, andere Diplomaten und Sicherheitskräfte. Zwei Kleinkinder befanden sich unter den Geiseln.

Die Regierung in Ankara hat die Geiseln immer wieder als Hauptgrund dafür angeführt, warum sie sich nicht stärker im internationalen Kampf gegen die sunnitischen Extremisten engagieren könne. Sie hatte nach der Geiselnahme eine Nachrichtensperre verhängt.

Die islamisch-konservative Regierung steht unter Druck, sich am internationalen Kampf gegen IS zu beteiligen. Bislang sagt Ankara nur humanitäre Hilfe zu. Amerikanischen Medienberichten zufolge verweigert der Nato-Partner Türkei auch die Nutzung der Luftwaffenbasis Incirlik nahe der syrischen Grenze für US-Luftangriffe auf IS.

Das «Wall Street Journal» hatte kürzlich kritisiert, die Türkei sei zwar Nato-Mitglied, verhalte sich aber nicht wie ein Verbündeter der USA. Die «New York Times» nannte die Türkei «eine der größten Quellen für Rekruten» für IS. Erdogan hatte die Vorwürfe am vergangenen Mittwoch als Teil einer Kampagne gegen die Türkei zurückgewiesen und auf die Sicherheit der 49 Geiseln verwiesen. Diese habe Priorität.

Unklar ist, ob die Türkei nun – wie von den USA erwünscht – engagierter gegen den IS vorgehen wird. Die regierungsnah türkische Zeitung «Daily Sabah» hatte kürzlich geschrieben, selbst wenn die Geiseln frei kämen, arbeiteten weitere 80 000 Türken im Irak. «Niemand kann garantieren, dass sie nicht zum Ziel von IS werden.»

Erdogan dankte am Samstag dem Geheimdienst und der Regierung für ihre Anstrengungen in der Geiselkrise. Davutoglu sagte, die Befreiung sei das Ergebnis «tagelanger, wochenlanger harter Arbeit». Davutoglu brach seine Aserbaidtschan-Reise ab und reiste von Baku aus in die südtürkische Grenzstadt Sanliurfa. Dort traf mit den freigelassenen Geiseln zusammen. Anschließend reiste Davutoglu gemeinsam mit ihnen mit dem Regierungsflugzeug in die Hauptstadt Ankara. [Internet-Link](#)

### **Türkei verschärft Kontrolle des Internets**

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr verschärft die Türkei die Kontrolle von Internetnutzern. Behörden dürfen nun auch ohne Gerichtsbeschluss Seiten sperren lassen und Daten über das Surfverhalten der Nutzer sammeln.

Die Türkei verschärft nochmals die Kontrolle von Internetnutzern. Die staatliche Telekommunikationsbehörde TIB darf künftig Internetseiten ohne Gerichtsbeschluss sperren lassen, wenn sie die „nationale Sicherheit“ oder die „öffentliche Ordnung“ gefährdet sieht.

Außerdem kann sie Daten über das Surfverhalten von Internetnutzern uneingeschränkt sammeln. Einer entsprechenden Gesetzesänderung stimmte das türkische Parlament in der Nacht zu Mittwoch zu, wie die Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Es ist bereits die zweite Verschärfung in diesem Jahr.

Internetanbieter müssen die Anweisung zur Sperrung von Webseiten innerhalb von vier Stunden umsetzen. Erst nach 24 Stunden müsse die Telekommunikationsbehörde die Entscheidung einem Gericht vorlegen, um die Sperrung bestätigen zu lassen.

Die Türkei-Expertin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Emma Sinclair-Webb, verurteilte den Beschluss. „Die türkische Regierung spricht ständig vom Schutz der Privatsphäre und von Sicherheit, dabei ist dieses Gesetz eine Eingriff in die Privatsphäre aller Internetnutzer“, sagte sie der Nachrichtenagentur dpa.

Die Regierung hatte das Internetgesetz zuletzt im Februar verschärft. Seitdem müssen Internetanbieter bestimmte Nutzerdaten zwei Jahre lang aufbewahren und sie bei Bedarf von Fall zu Fall an staatliche Behörden weitergeben. Schon seit Februar können die Behörden auch Webseiten bei „Verletzung der Privatsphäre“ sperren lassen.

Zudem sperrte die Regierung in diesem Jahr mehrere Wochen lang den Kurznachrichtendienst Twitter und die Videoplattform YouTube. Regierungsgegner hatten zuvor vor allem dort Telefonmitschnitte verbreitet, die den damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatschef Recep Tayyip Erdogan unter Korruptionsverdacht brachten. Das Verfassungsgericht hob beide Sperren auf, weil es die Meinungsfreiheit verletzt sah. [Internet-Link](#)

## WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

### Türkei droht Ratingagenturen mit Rauswurf

Machen die Bonitätswächter Politik? Das jedenfalls befürchtet der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan. Einer Ratingagentur hat er bereits die Tür ins Gesicht geworfen, zwei weitere könnten folgen.

Die neue politische Führung der Türkei hat zum Rundumschlag gegen die großen Rating-Agenturen ausgeholt. Der neue Staatschef Recep Tayyip Erdogan warf den Bonitätswächtern von Moody's und Fitch vor, bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Landes politische Motive zu hegen. Das Land habe bereits die Zusammenarbeit mit S&P beendet und könne auch die Beziehungen zu Moody's und Fitch kappen. Die Zeitung Hürriyet zitierte Erdogan am Dienstag mit den Worten: "Wenn sie so weitermachen, kann ich dem Ministerpräsidenten sagen, dass er die Zusammenarbeit mit diesen beiden (Ratingagenturen) ebenfalls einstellt."

Soweit sei es allerdings noch nicht, fügte der türkische Staatschef auf der Rückreise von einem Staatsbesuch in Katar hinzu. Nach Ansicht von Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, ein enger Vertrauter Erdogans, hat die Türkei nicht die Bonität, die sie verdiene. Die Rating-Agenturen hätten bei ihrer Bewertung außer Acht gelassen, dass nach den Präsidentenwahlen im August größere politische Stabilität eingekehrt sei. Fitch bewertet die Bonität der Türkei mit BBB-, womit die Staatsanleihen des Landes als durchschnittlich gute Anlage eingeschätzt werden. Sowohl Moody's als auch Fitch hatten zuletzt aber mehrfach vor den möglichen Folgen einer anhaltenden politischen Unsicherheit nach den Präsidentenwahlen vom 10. August gewarnt. Dabei war der von seinen Kritikern als autokratisch gescholtene langjährige Ministerpräsident Erdogan in das höchste Staatsamt gelangt. Er ist zugleich der erste Präsident des Landes, der vom Volk direkt gewählt wurde. Er strebt ein Amt mit erweiterten Machtbefugnissen an. Erdogan hatte als Ministerpräsident harsche Kritik geerntet, als er den Zugang zu Internetdiensten wie Twitter und Youtube sperren ließ. Zudem überschattete ein Korruptionsskandal seine Regierungszeit. [Internet-Link](#)

### Türkei will mit Notenbank Wachstum anschieben

Die Türkei will das Wachstum mithilfe der Zentralbank anschieben. Die Notenbank werde ihre geldpolitischen Entscheidungen dabei wie bisher unabhängig treffen, betonte der neue Regierungschef Ahmet Davutoglu.

Die neue türkische Regierung will das Land Hand in Hand mit der Zentralbank auf Wachstum trimmen. Die Notenbank werde auch zur Stärkung des Arbeitsmarktes beitragen, hieß es am Montag auf der Internet-Seite des neuen Regierungschefs Ahmet Davutoglu. Das Ziel der Preisstabilität dürfe dabei allerdings nicht gefährdet sein. Die Notenbank werde ihre geldpolitischen Entscheidungen wie bisher unabhängig treffen, betonte der neue Regierungschef. Die Vorgänger-Regierung unter dem inzwischen ins Präsidentenamt gewechselten Recep Tayyip Erdogan hatte die Zentralbank immer wieder gedrängt, zum Ankurbeln der Wirtschaft die Zinsen stärker zu senken. Davutoglu gilt als loyaler Gefolgsmann Erdogans. Die Inflationsrate liegt derzeit mit mehr als neun Prozent weit über dem Ziel der Notenbank.

Die Zentralbank hatte sich Anfang des Jahres mit einer kräftigen geldpolitischen Straffung gegen den Kursverfall der heimischen Währung Lira gestemmt. Später senkten die Währungshüter um Notenbankchef Erdem Basci den Schlüsselzins in mehreren Schritten auf nunmehr 8,25 Prozent - ein Niveau, das die Regierung für zu hoch hält. Die türkische Wirtschaft war 2013 um vier Prozent gewachsen. Dieses Jahr soll sie nach den Plänen der Regierung trotz Kapitalflucht im gleichem Tempo zulegen. [Internet-Link](#)

### **Türkei: Leichtes Minus, aber auf hohem Niveau**

Trotz eines leichten Rückgangs im Sommergeschäft hat die Türkei im vergangenen Sommer ihren zweiten Platz unter den beliebtesten Auslandsreisezielen der Deutschen gehalten. Im Reisebüro-Vertrieb sorgten die Topziele an der Riviera und der Ägäis zwischen Mai und August für 30 Prozent der Umsätze, bei den Reiseportalen lag der Anteil bei 27 Prozent. Dies geht aus den Zahlen der Traveltelligence-Analyse hervor, die der IT-Anbieter Traveltainment exklusiv für touristik aktuell erstellt hat.

Das Sommerminus von rund einem Prozent bei den deutschen Gästen betraf sowohl den Reisebüro-Vertrieb als auch das Online-Geschäft. Die positive Gesamtbilanz der Türkei lässt sich damit jedoch nicht trüben. Über alle Quellmärkte hinweg verweist das Türkische Amt für Statistik auf steigende Zahlen. Demnach kletterten die Einreisen im ersten Halbjahr 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,6 Prozent auf mehr als 16 Millionen Besucher. Insider weisen jedoch darauf hin, dass ein Teil der Zahlen durchaus erkaufte war, vor allem im Mai und im Juni: „Die Verkaufspreise waren mitunter hundsmiserabel“, berichtet der Manager einer großen Hotelkette. Aus einigen Märkten habe es heftige Einbrüche gegeben.

Den deutschen Veranstaltern kann dies nur recht sein. Sie erwarten für die Türkei mittelfristig weitere Zuwächse und investieren unter anderem in ihre Incoming-Agenturen, darunter FTI, Bentour, V.Ö. Travel und DER Touristik. Letztere trennt sich Ende Oktober vom bisherigen Partner MTS-OTS und stellt das Geschäft vor Ort auf eigene Füße. Im Mittelpunkt steht dabei die Einführung des hauseigenen IT-Systems „Illusion“. Dieses dient als klassisches Incoming-System, wird aber auch für das Hotelvertrags-Management und als Schnittstelle zu Bettendatenbanken genutzt. [Internet-Link](#)

### **Türkei: Inflation weiterhin weit über Zielen und Prognosen der Notenbank**

Der erwartete klare Sieg Erdogans bei der türkischen Präsidentschaftswahl wurde an den Märkten ohne größere Bewegungen registriert, so die Experten von Raiffeisen Capital Management in ihrem aktuellen Emerging Markets Report. An der Inflationsfront sei weiterhin keine Entspannung zu verzeichnen. Entgegen den Prognosen der Notenbank bleibe die Teuerung hoch (aktuell 9,3% Jahresrate). Dennoch habe die Zentralbank ihr Inflationsziel von 7,6% für das Jahresende bekräftigt und den Leitzins bei 8,25% belassen. Sie habe allerdings überraschend den Übernacht-Zinssatz (gleich bedeutend mit der oberen Begrenzung ihres "Zinskorridors") von 12% auf 11,25% gesenkt. Das gute Marktumfeld habe es der Zentralbank in den letzten Monaten zwar erlaubt, die Zinsen mehrfach zu senken, doch sollte die Inflation in den nächsten Monaten nicht deutlich fallen, könnte ihre Glaubwürdigkeit infrage gestellt werden. Der türkische Aktienmarkt habe im August konsolidiert und gegen den weltweiten Trend etwas nachgegeben (-2,2%). [Internet-Link](#)

### **Wohin steuert die türkische Wirtschaft?**

Das Wirtschaftswachstum der Türkei hat sich im zweiten Quartal halbiert. Die Inflation in dem Land am Bosphorus ist so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr, der Preisauftrieb doppelt so schnell wie offiziell vorgesehen. Außerdem ist die Lira gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit März gefallen. Und die Prognosen verheißen wenig Gutes: Die Wachstumserwartungen wurden bereits gesenkt.

Was die Konjunktur-Indikatoren angeht war das keine tolle Woche für den einstigen Liebling der Anleger in Schwellenländer. Die Daten der vergangenen Tage rückten erneut die Zentralbank des Landes in den Blick und mit ihr die Frage, ob sie tatsächlich effektiv die Inflation bekämpft und zugleich ihre politische Vorgabe erfüllt, die Wirtschaft anzukurbeln. Analysten kritisieren immer wieder, dass man beides nicht gleichzeitig machen könne.

Am Donnerstag kam auch noch Fitch mit Kritik: Die Ratingagentur warnte davor, die Geldpolitik noch weiter zu lockern. „Die Geldpolitik hier ist derzeit expansiv“, sagte Paul Rawkins, der Türkei-Analyst von Fitch. „Das stellt die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in Frage. [Und] es ist besonders verwirrend, wenn man auf die Inflationsentwicklung schaut.“

Die türkische Zentralbank hielt dagegen, sie habe nicht versagt. „Wir gehen davon aus, dass wir keine lockere Geldpolitik verfolgen“, sagte der stellvertretende Zentralbankchef Turalay Kenc auf einem Forum von Fitch. Währungsschwäche und steigende Lebensmittelpreise seien es, was die Teuerung

antreibe, sagte der Zentralbanker und verwies auf den „bemerkenswerten Rückgang“ der Kernrate seit den notfallartigen Zinserhöhungen im Januar.

Derartige Gegenreden beleuchten einmal mehr, wie uneins die Einschätzungen zur türkischen Geldpolitik derzeit sind. Analysten fürchten, dass die Türkei ihre Inflationsziele hintanstellt, um mehr Wachstum zu erzeugen, während Regierungsvertreter erklären, sie würden die Wirtschaft erfolgreich von schuldenfinanzierten Inlandsausgaben zu exportgetriebener Expansion umkrepeln. „Was die wirtschaftliche Neuorientierung angeht vermute ich, dass wir an Dampf verlieren“, sagte Fitch-Analyst Rawkins mit Verweis auf das seit Juli anziehende Kreditwachstum. Zentralbanker Kenc glaubt das nicht. „Dieser Anstieg bestätigt den wirtschaftlichen Wandel in der Türkei, denn das Wachstum kommt vor allem von den Nettoexporten“, sagte er und wies auf die verbesserte Leistungsbilanz hin.

#### *Türkische Zentralbank wird Zinsen anheben müssen*

Trotz der schwachen Konjunkturdaten dieser Woche stützen Zahlen der Zentralbank vom Donnerstag die These von Kenc. Das türkische Leistungsbilanzdefizit ging im Juli auf 48,5 Milliarden Dollar zurück, das sind rund 6 Prozent der Wirtschaftsleistung. Grund sind vor allem sinkende Importe wegen der schwächeren Nachfrage. 2011 entsprach das Defizit noch rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Rawkins und andere Teilnehmer des Forums warnten ferner, dass die zuletzt günstigen Finanzierungen, mit denen die Türkei das Wachstum antreiben und die Lücken in den ausländischen Kapitalzuflüssen schließen konnte, jetzt langsam auslaufen. Denn mit dem anstehenden Kurswechsel der Zentralbanken in den USA und Großbritannien drehe sich demnächst der Wind. Und trotz des Drucks der Regierung in Ankara für mehr Wachstum werde auch die türkische Notenbank die Zinsen erhöhen müssen, sagten sie.

Auch hier widersprach Zentralbanker Kenc. Er argumentiert, dass ein Ende der lockeren Geldpolitik in den USA nicht die gleichen Marktturbulenzen auslösen werde wie im vergangenen Sommer die von der Fed angedeutete Abkehr von den Anleihekäufen. Die Auswirkungen dürften dieses Mal nur „maßvoll“ sein, glaubt er. „Was in den kommenden Monaten auf uns zukommt, ist aus Sicht der Zentralbanken sehr normal“, sagte Kenc. „Mit den Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Schwellenländermärkte werden wird diesmal sehr viel besser umgehen können.“ [Internet-Link](#)

## FIRMENNACHRICHTEN

### Renault ruft eine halbe Million Autos zurück



# RENAULT

Wegen möglicher Probleme der Bremssysteme ruft Renault rund eine halbe Million Fahrzeuge zurück in die Werkstätten. Betroffen sind die Modelle Clio und Kangoo. Ein Fachmagazin hatte zuvor über die Probleme berichtet.

Der französische Autohersteller Renault ruft wegen möglicher Probleme für die Bremssysteme fast eine halbe Million Fahrzeuge zurück in die Werkstätten. Betroffen sind nach Angaben des Konzerns vom Montag die Modelle Clio IV und Kangoo 2.

Renault berechnete die Wahrscheinlichkeit von Schäden mit 0,02 und 0,01 Prozent. Zuvor hatte das Fachmagazin „Auto Service Praxis“ darüber berichtet.

Beim Clio könnten wegen eventuell falscher Montage der Radhausverkleidung Bremsschläuche durch Scheuern beschädigt oder Bremskolben herausgedrückt werden, hieß es. Bei betroffenen Fahrzeugen aus den Werken Bursa in der Türkei (bis März 2013) und Flins in Frankreich (bis April 2014) sollten vorbeugend Verkleidungen kontrolliert und Bremsschläuche ausgetauscht werden. Betroffen sind in Deutschland laut Renault 21 618 Fahrzeuge, weltweit möglicherweise gut 400.000.

Bei Kangoo-Modellen aus dem Werk im französischen Mauberge (September 2012 bis Mai 2013) könnte laut Renault bei der Montage die Anschlussreihenfolge am Antiblockiersystem vertauscht

worden sein. Bei Bedarf sollten die Bremsleitungen dort ausgetauscht werden. Beim Kangoo könnten in Deutschland 5715 Autos betroffen sein, weltweit fast 64.000 Fahrzeuge. [Internet-Link](#)

### Von Siemens bleibt nur das Logo

# B/S/H/

Siemens-Hausgeräte werden künftig nicht mehr von Siemens gebaut. Das Münchner Unternehmen überlässt das Geschäft Bosch.

Seit 50 Jahren haben Bosch und Siemens gemeinsam Waschmaschinen hergestellt. Jetzt zieht sich Siemens aus dem Gemeinschaftsunternehmen BSH zurück.

Hausgeräte sind todlangweilig. Die Bezeichnung „Weiße Ware“ haftet ihnen nicht umsonst an: Das Design kommt meist dröge daher und den Herstellern fällt kaum eine andere Gehäusefarbe ein als eben weiß. Geld lässt sich mit ihnen schon gar nicht verdienen, weil doch wirklich jeder eine Waschmaschine, einen Herd oder einen Staubsauger besitzt. Soweit die Klischees. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Richtig ist, dass die Unternehmen nicht mit den Wachstumsraten von Smartphone-Herstellern mithalten können. Aber in den vergangenen Jahren hat sich die Hausgeräteindustrie sehr stabil entwickelt. Die Branche verbuchte 2013 zum sechsten Mal in Folge steigende Umsätze und erlöste in Deutschland rund acht Milliarden Euro. Jetzt verzichten ausgerechnet zwei Elektromultis in kurzem zeitlichen Abstand auf ihr Hausgerätegeschäft. Der amerikanische Konzern General Electric trennt sich von seiner entsprechenden Sparte; sie geht für 3,3 Milliarden Dollar an den schwedischen Anbieter Electrolux. Rund zwei Wochen später zieht Siemens nach: Der Dax-Konzern verabschiedet sich von seinem 1967 gegründeten Gemeinschaftsunternehmen mit Bosch und lässt die Stuttgarter mit den Hausgeräten alleine – gegen eine Abstandszahlung von drei Milliarden Euro. Daraus nun den Schluss zu ziehen, dass sich Hausgeräte für die Hersteller tatsächlich nicht lohnen, wäre voreilig. Die Begründungen von Siemens und GE, sich auf das Industriegeschäft konzentrieren zu wollen, klingen glaubwürdig. Das Geschäft mit Privatkunden bleibt bei denen, die sich damit auskennen: Electrolux ist nach Whirlpool die globale Nummer zwei in der Branche – und liefert sich dabei mit der Nummer drei, Bosch, einen scharfen Konkurrenzkampf. Dazu gesellen sich Asiaten, die ebenfalls ihre Chancen in dem Markt sehen. Seit 2010 produziert der koreanische Elektronikkonzern Samsung Waschmaschinen und Kühlschränke in Polen. Bis dahin wurden die meisten in Europa verkauften Geräte in Containern aus Asien geliefert. Der koreanische Wettbewerber LG produziert bereits seit 2006 Hausgeräte für den europäischen Markt in Polen. Von den Umbrüchen in der Industrie dürften die Verbraucher kaum etwas spüren. Die großen Anbieter führen meist mehrere Marken im Portfolio – auch solche, die ihre besten Zeiten hinter sich haben. Zum Marktführer Whirlpool etwa gehört die deutsche Bauknecht, die seit 2012 in Deutschland über keinerlei Produktionswerk mehr verfügt. Auch Siemens-Geräte werden die Konsumenten weiterhin kaufen können, selbst wenn sich Siemens längst verabschiedet hat. Mit Bosch wurde vereinbart, dass das bisher gemeinsame Unternehmen BSH Hausgeräte unter der Marke Siemens langfristig weiter produzieren und vertreiben darf. [Internet-Link](#)

### Partners Group erwirbt 30% Anteil an Enerya, einem führenden Erdgas-Unternehmen in der Türkei



**Partners Group**  
Passion for Private Markets

Partners Group, der globale Manager von Privatmarktanlagen, hat für seine Kunden einen 30% Anteil am türkischen Erdgas-Versorger Enerya erworben. Der Anteil wurde von der Muttergesellschaft, der türkischen STFA Group, erworben, die auch weiterhin die verbleibenden Anteile halten wird. Das Unternehmen wird auf Basis eines Joint-Ventures geführt werden.

Enerya besitzt und betreibt neun Erdgas-Versorgungsunternehmen in verschiedenen Regionen der West- und Zentral-Türkei, jedes davon mit 30-jährigen Konzessionen in den jeweiligen Regionen. Das Unternehmen besitzt somit eines der grössten und diversifiziertesten Erdgas-Distributionsnetzwerke der Türkei. Das jährliche Erdgas-Gesamtvolumen des Unternehmens über die verschiedenen Geschäftsbereiche hinweg wird zum Jahresende 2014 auf 2.8 Milliarden Kubikmeter geschätzt und es wird über den gleichen Zeitraum mit 800'000 Abnehmern gerechnet. Im Rahmen der Transaktion wird Partners Group mit dem Management Team von Enerya und der STFA Group zusammenarbeiten, um die Plattform von Enerya weiter auszubauen. Das Unternehmen sieht geographisches Wachstumspotenzial, unter anderem durch Konsolidierung in dem stark fragmentierten Distributionsmarkt für Gas in der Türkei. Darüber hinaus zieht Enerya auch eine Expansion in andere Bereiche des Energiemarkts in Erwägung, wie etwa Elektrizität oder andere Technologien zur Energieerzeugung. Aslan Uzun, CEO von Enerya, kommentiert: "Wir sind sehr erfreut darüber, dass wir diesen langfristigen und erfahrenen Partner für unsere wachsende Energieplattform gewinnen konnten. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und Gas liegt in der Türkei deutlich unter anderen Entwicklungsländern, trotz des starken historischen Wachstums. Wir sehen daher eine grosse Chance darin, das Geschäft gemeinsam auszuweiten." Mehmet Ali Neyzi, CEO der STFA Group, kommentiert: "Wir kennen Partners Group sehr gut und haben im Vorfeld der Transaktion über zwei Jahre Gespräche geführt. Ich bin daher fest davon überzeugt, dass wir den richtigen internationalen Partner gefunden haben, nicht nur für die nächste Wachstumsphase von Enerya, sondern auch für mögliche zukünftige Joint-Ventures im wachsenden Energiemarkt in der Türkei." Brandon Prater, Managing Director im Private Infrastructure Team der Partners Group, fügt hinzu: "Wir haben mit STFA einen hervorragenden Partner gefunden und freuen uns darauf, mit ihnen zusammen das Geschäft von Enerya in der Türkei in den kommenden Jahren weiter voranzutreiben. Gemeinsam sind wir gut positioniert, um die Plattform von Enerya in einem stabil wachsenden Sektor weiter auszubringen."

#### *Über Partners Group*

Partners Group ist ein globaler Manager von Privatmarktanlagen mit einem verwalteten Vermögen von über EUR 30 Mrd. in den Bereichen Private Equity, Private Real Estate, Private Infrastructure und Private Debt. Die Firma bietet internationalen institutionellen Investoren ein breit gefächertes Angebot an Fonds und massgeschneiderten Portfolios an. Der Hauptsitz der Gesellschaft ist in Zug und weitere Niederlassungen befinden sich in San Francisco, Houston, New York, São Paulo, London, Guernsey, Paris, Luxemburg, Mailand, München, Dubai, Mumbai, Singapur, Shanghai, Seoul, Tokio sowie Sydney. Partners Group beschäftigt über 700 Mitarbeiter und ist an der Schweizer Börse SIX (Symbol: PGHN) mit einer Marktkapitalisierung von über CHF 6 Mrd. notiert. Die Partner sowie alle Mitarbeiter der Partners Group sind bedeutende Anteilseigner der Firma. [Internet-Link](#)

#### **StarDSL holt sich zweiten Türkei-Auftrag**



Der Telekommunikationsanbieter StarDSL hat in der Türkei nach eigenen Angaben einen weiteren Auftrag erhalten. An einem türkischen Internetserviceprovider soll der Satelliten-Service-Provider Dienstleistungen im Volumen von 10,5 Millionen US-Dollar erbringen. Es seien mindestens 10.800 Einheiten über einen Zeitraum von drei Jahren vereinbart worden, heißt es von StarDSL. Zuletzt hatte die Gesellschaft bereits aus der Türkei einen Auftrag im Volumen von 1,2 Millionen Euro erhalten. „Für das nächste Geschäftsjahr 2015 sind damit bereits zum jetzigen Zeitpunkt neue Rekordwerte gesichert“, kündigt die Gesellschaft an. Die Entry-Standard-notierte Aktie von StarDSL liegt bei 1,19 Euro mit 17,71 Prozent im Plus. [Internet-Link](#)

## EnBW nimmt zweiten Windpark in der Türkei in Betrieb



Der Versorger EnBW treibt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien voran und hat einen zweiten Windpark in der Türkei in Betrieb genommen. Der Start der Anlage in Balabanli sei ein wichtiges Zwischenziel, um mit dem türkischen Partner Borusan bis 2020 eine Kapazität von 2000 Megawatt aus erneuerbaren Energien aufzubauen, sagte EnBW-Vorstandschef Frank Mastiaux am Donnerstagabend in Istanbul. Zusammen mit einem ersten Windpark sowie zwei Wasserkraftwerken bietet das deutsch-türkische Gemeinschaftsunternehmen nun eine Leistung von 161 Megawatt. Bei einer Feier in Anwesenheit des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Nils Schmid (SPD) wurde auch der Grundstein für den Bau von fünf weiteren Windkraftprojekten mit einer Kapazität von insgesamt 207 Megawatt gelegt. In der westtürkischen Ortschaft Balabanli sollen 22 Windturbinen Strom für rund 43 000 Haushalte erzeugen. [Internet-Link](#)

## Starwood Hotels & Resorts eröffnet mit dem neuen Sheraton Adana Hotel das zehnte Hotel in der Türkei



Starwood Hotels & Resorts Worldwide gibt heute gemeinsam mit SERKA Turizm A.Ş., einer Gesellschaft der Adali Holding, die offizielle Eröffnung des Sheraton Adana bekannt. Das neue Sheraton Adana Hotel liegt direkt am Ufer des Flusses Seyhan im Zentrum von Adana, der fünftgrößten Stadt der Türkei im Süden des Landes, und ist nun das zehnte Starwood Hotel im Land. Das Hotel wurde von den türkischen Architektur- und Designspezialisten İki Design Mimarlık und Metex Design

konzipiert und ist bereits jetzt ein Wahrzeichen der Stadt. Die spektakuläre Architektur des Gebäudes ist geprägt vom lokalen kulturellen Erbe. Am Ufer des Flusses Seyhan gelegen, bettet es sich mit seiner wellenförmigen Fassade ideal in die Umgebung ein und schmückt die Stadtsilhouette wie eine Art „Stadtvorhang“. „Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit der Adali Holding das Sheraton Adana, das unser zehntes Hotel in der Türkei ist, zu eröffnen. Diese Eröffnung ist ein weiterer wichtiger Meilenstein unserer Strategie, im gesamten Land zu expandieren“, so Michael Wale, President, Starwood Hotels & Resorts, Europe, Africa & Middle East. „Sheraton ist weltweit unsere bekannteste Hotelmarke. Mit der Eröffnung in Adana können wir die steigende Nachfrage nach internationalen Markenhotels in dieser sich rasant entwickelnden Stadt erfüllen. Wir sind hoch erfreut, den Einheimischen sowie den Reisenden aus der ganzen Welt einen neuen Treffpunkt bieten zu können.“ „Wir von der Adali Holding schätzen uns sehr glücklich, gemeinsam mit Starwood Hotels & Resorts, einer der führenden Hotelgesellschaften der Welt, die Marke Sheraton in unsere Heimatstadt Adana zu bringen“, erklärte Serdal Adali, Co-Chair, Adali Holding. „Adana ist die fünftgrößte Provinz der Türkei und ein bedeutendes Wirtschaftsdrehkreuz mit großartigem Tourismuspotenzial. Wir werden weiterhin in dieser Region aktiv sein und freuen uns, künftig vermehrt Investitionen im Gastgewerbe zu tätigen.“ Das Sheraton Adana umfasst 17 Stockwerke und ist 4,5 Kilometer vom Flughafen Adana Şakirpaşa und 1,5 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Es befindet sich in fußläufiger Nähe zum Merkez Park und unweit des Optimum Outlet, dem zentralsten Einkaufszentrum der Stadt. Das Hotel verfügt über 240 Zimmer, darunter 18 Suiten.

### Starwood in der Türkei

Aktuell gibt es in der Türkei zehn Starwood Hotels unter fünf verschiedenen Marken. Dazu zählen die vier Hotels in Istanbul das Sheraton Istanbul Maslak Hotel, das Sheraton Istanbul Atakoy Hotel, das W Istanbul und das Le Méridien Istanbul Etiler. Außerhalb Istanbuls umfasst das Starwood Portfolio das Sheraton Adana Hotel, das Sheraton Cesme Hotel, Resort & Spa, das Sheraton Ankara Hotel & Convention Centre und The Lugal, ein Luxury Collection Hotel in Ankara. 2013 eröffnete Starwood mit dem Sheraton Bursa Hotel und dem Aloft Bursa Hotel die ersten Häuser in dieser Stadt und führte die

schnell wachsende Marke Aloft Hotels in der Türkei ein. Zwei geplante Sheraton Neueröffnungen im nächsten Jahr – eines im aufstrebenden Küstenstadt Samsun sowie mit dem auf der asiatischen Seite Istanbuls gelegenen Sheraton Istanbul Atasehir – unterstreichen die Bedeutung der Türkei für die Marke Sheraton. 2015 ist darüber hinaus noch der Markteintritt zwei weiterer Marken geplant: mit dem St. Regis Istanbul und dem Four Points by Sheraton Istanbul Batischehir Hotel wird Starwood seine Präsenz somit auf sieben Hotels in der dynamischen Stadt am Bosphorus ausdehnen. [Internet-Link](#)

### **Wirecard steigt mit Übernahme auf türkischem Markt ein**



Der Bezahlendienstleister Wirecard stiegt mit einer Übernahme in den türkischen Markt ein. Das im TecDax notierte Unternehmen kauft die Istanbuler Mikro Ödeme Sistemleri İletişim komplett, das laut Wirecard mit ihrer Marke 3pay als einer der führenden Zahlungsanbieter in dem Land gilt. Wirecard zahle etwa 12 Millionen in bar und an Ertragsziele gekoppelte Prämien von bis zu rund 14 Millionen Euro. Mikro Ödeme bietet mobile Bezahlendienste und eine eigene Prepaidkarten-Plattform an. Zu den Kunden und Partnern zählten sämtliche türkische Mobilfunkunternehmen. Verkäufer sind die Mehrheitseigentümerin Mediterra Capital Partners I und der Chef des Unternehmens, der auch weiterhin dem Management angehören werde. Wirecard erwarte aus der Übernahme 2015 einen Beitrag zum EBITDA von etwa 1,7 Millionen Euro. Zusätzlich fielen Integrationskosten von rund 1 Millionen Euro an, verteilt auf 2014 und 2015. [Internet-Link](#)

## ARTIKEL DES MONATS

**Die Türkei vollbringt eine Großtat - helft ihr!****Süddeutsche Zeitung**Von Stefan Kornelius<sup>1</sup>

Sueddeutsche Zeitung, 26.09.2014

*Ohne viel Tamtam nimmt die Türkei eineinhalb Millionen syrischer Flüchtlinge auf. Die Hilfe der Europäer ist beschämend unscheinbar. EU und Nato lassen einen Verbündeten im Stich.*

Ohne viel öffentliches Tamtam vollbringt die Türkei zurzeit eine humanitäre und eine politische Großtat. Anderthalb Millionen syrische Flüchtlinge haben die Grenze überquert, sie leben in Lagern oder schlagen sich durchs Land in die Städte durch. In Istanbul sitzen sie als Bettler auf der Straße. Insgesamt aber werden die Flüchtlinge in der Türkei aufopferungsvoll und unter hohen Kosten versorgt und auch dies: menschlich auf- und angenommen.

Nun rügt der türkische Präsident den Rest der Welt und vor allem die Europäer wegen ihrer mangelnden Hilfsbereitschaft. Diese Hilfe ist in der Tat beschämend unscheinbar. Die Europäische Kommission hat zwar gerade mit großer Geste weitere 215 Millionen Euro für die syrische Krisenregion zugesagt, aber nur 50 Millionen fließen in die direkte humanitäre Hilfe und ein Bruchteil davon in die Türkei.

Widersprüche im Umgang mit Syrien

Dieser Umgang ist merkwürdig gerade mit einem Verbündeten, dem in der Nato aber auch in allen Programmen der EU höchste strategische Bedeutung zukommt. Die Stabilität der Türkei, ihre politische und militärische Angreifbarkeit und ihr Einfluss in der Region - ob nun auf Russland oder auf die muslimischen Nachbarn - ist von höchster Relevanz. Wieso also wird darüber nicht geredet?

Gründe gibt es immer: Die vergangenen Erdoğan-Jahre haben die Türkei und ihre Verbündeten entzweit. Das EU-Mitgliedsverfahren ist genau das - verfahren. Weder will die Türkei in die Union, noch ist die Union aufnahmebereit. Erdoğans Einfluss auf die muslimischen Bruderstaaten ist sprunghaft und undurchsichtig.

Vor allem im Umgang mit dem syrischen Krieg hat die Türkei mit großen Widersprüchen zu kämpfen. Aus dem Freund Assad wurde ein Feind. Die Aufständischen wurden überwältigt von den Terrormilizen, die Türkei selbst ist mutmaßlich eins der wichtigsten Rekrutierungsländer der Islamisten.

Auf jeden Fall aber ist die Türkei Transitland der internationalen Terror-Pendler - und dieser Terror kann jederzeit wieder über die Grenze zurückschwappen. Ergreift Ankara zu sehr Partei, wird es zum leichten Ziel. Stärkt Erdoğan die Kurden, dann holt er sich mittelfristig das Separatisten-Problem ins Land.

Geld? Daran darf es nicht scheitern!

All das sind begründete Sorgen, derentwegen die Türkei das Flüchtlingsproblem am liebsten mit sich alleine ausmachen würde. Das aber wird nicht gut gehen. Erdoğans Rede vor der UN-Vollversammlung muss man deshalb als Aufforderung zur Einmischung verstehen.

Die Türkei braucht Geld? Daran darf es nicht scheitern - aber Geld alleine reicht nicht. Die Nato sollte mit ihrem wichtigsten Verbündeten auch offen über die Sicherheit der Bündnisgrenzen reden. Die EU kann nicht nur ihre Flüchtlingspolitik ändern, sie muss mit der Türkei offensiv über die Kontrolle der Dschihad-Pendler verhandeln.

Die Türkei muss jetzt wissen, dass sie Verbündete hat. Sonst werden diese Verbündeten bald mit dem Vorwurf leben müssen, sie hätten das Land im Stich gelassen - und so verloren. [Internet-Link](#)

<sup>1</sup> Stefan Kornelius leitet seit 2000 das außenpolitische Ressort der Süddeutschen Zeitung. Zuvor arbeitete er als stellvertretender Leiter des Berliner Büros und berichtete während der Clinton-Präsidentschaft als Korrespondent aus Washington. Von 1991 bis 1996 war Kornelius als Korrespondent im Bonner Bundesbüro der SZ für die Berichterstattung über Verteidigung und sicherheitspolitische Themen sowie über die CDU zuständig. Kornelius absolvierte die Henri-Nannen-Journalistenschule und studierte an der Universität Bonn und der London School of Economics. Er ist Mitbegründer der Zeitschrift Medium Magazin.

## EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
  - $\pm$  24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
  - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
  - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP)    □ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP)    □ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ▶ Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : \* EU : 38,5 %    (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
  - \* Russland : 7,9%    \* USA : 4,5%
  - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013:    € 43,7 Mrd.
  - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013:    € 63,4 Mrd.
  - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013:    € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP ( Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10% )
- Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

### Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen

### Die Türkei ist in Europa :

- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Hersteller von Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- viergrößter Telekom-Markt
- drittgrößter Yachthersteller
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals** : € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft** : Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
  - 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
  - + 69 Millionen GSM-Abonnenten
  - + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
  - + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
  - Ausbau des e-governments

Tourismus : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

### ▶ REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien

Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch

Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch

Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit

Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte

Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale

Schiedsgerichtsbarkeit

Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen

Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005 : Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**

- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18. Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

**V.i.S.d.P:**  
**TÜSIAD Berlin Office**  
**Märkisches Ufer 28**  
**10179 Berlin**  
**[berlinoffice@tusiad.org](mailto:berlinoffice@tusiad.org)**